

PFLEGE

Bewohner tragen Investitionskosten mit

Die reformbedürftige Pflegeversicherung lässt den Trägern von Pflegeheimen keine Wahl: Die Bewohner werden an den Kosten beteiligt. Das sorgt allerdings für Probleme, wie das Beispiel auf der Karlshöhe zeigt.

VON JANNA WERNER

„Meine Mutter fühlt sich wohl und die Pflegekräfte sind gut, es gibt auch viele Angebote. Aber 10000 Euro im Jahr mehr, das ist zu viel.“ Dies das Schreiben eines LKZ-Lesers, seine Mutter wohnt im Haus am Salon auf der Karlshöhe. Sie muss 860 Euro mehr zahlen. „Da sind die Ersparnisse meiner Mutter ganz schnell aufgebraucht.“

Der Grund der Erhöhung: Die Diakonie hat auf der Karlshöhe ein neues Pflegeheim gebaut, das laut der Stiftung 13,9 Millionen Euro kosten wird. Wahrscheinlich, sagt Pressesprecher Michael Handrick, werde man sogar noch unter dem Kostenrahmen bleiben. Die Abschlussrechnung steht noch aus.

Fakt ist: Der Eigenanteil der Bewohner wird wohl um 800 bis 1000 Euro steigen. Fakt ist aber auch: Die Diakonie bekommt wie alle anderen Träger seit 2011 keine Investitionsförderung mehr vom Land und muss diese Mehrkosten anteilig weitergeben (siehe Faktenbox). „Es ist eine schwierige Aufgabe zu erklären, wie sich der Eigenanteil erhöht. Das alte Haus hatte noch von der Förderung profitiert“, erläutert Handrick. Zusätzlich zur schriftlichen Information habe man die Angehörigen an drei Abenden im Oktober eingeladen und die Änderungen erläutert. Der Eigenanteil setzt sich bei allen Einrichtungen aus Pflege, Unterkunft und Verpflegung sowie den Investitionskosten zusammen, heißt: Im Neubau steigen die Kosten.

Spielraum hat ein Träger wenig. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) Baden-Württemberg, so Handrick, „gibt die Kostenrichtlinien vor, wir haben keinen Spielraum bei der Preisfestlegung.“ Die liegen in den Pflegeheimen der Stadt je



Das neue Haus am Salon der Stiftung Karlshöhe ist fertig, in der Konsequenz steigen die Preise. Foto: Holm Wolschendorf

Beispielrechnung für die Kosten im Pflegeheim¹

| Einrichtung | Pflegeplatz Pflegegrad 1 | Unterkunft und Verpflegung | Intensivkosten | Eigenanteil gesamt |
|------------------------------------|--------------------------|----------------------------|----------------------|--------------------|
| Kleeblatt Pflegeheim | 1932,28 Euro | 936,94 Euro | 252,49 – 352,87 Euro | 2996,70 Euro |
| Haus am Salon ² | 1855,01 Euro | 965,23 Euro | 288,99 Euro | 2984,23 Euro |
| Haus am Römerhügel | 1728,16 Euro | 886,13 Euro | 620,57 – 678,37 Euro | 3109,86 Euro |
| mC Seniorenstift | 1628,38 Euro | 837,46 Euro | 555,17 – 870,92 Euro | 2896,01 Euro |
| Seniorenresidenz Hohenzollernplatz | 1406,93 Euro | 772,06 Euro | 559,12 – 632,74 Euro | 2613,10 Euro |

¹ Eigenanteil der Bewohner inklusive Investitionskosten bei vollstationärer Pflege. Quelle: Pflegenavigator AOK. Grafik: LKZ/Klaus-Peter Graf
² Durch den Neubau erhöhen sich die Kosten um je 800 bis 1000 Euro, die endgültige Abrechnung steht noch aus.

nach Standard zwischen rund 2400 und 3200 Euro (Pflegegrad 1) respektive 1900 und 3200 Euro (Pflegegrad 2 bis 5).

„Die Karlshöhe als Diakonieeinrichtung steht fest zu ihren Bewohnern“, so Handrick. Wer sich den Betrag nicht mehr leisten könne, könne mithilfe der Karlshöhe Sozialhilfe beantragen und in der Einrichtung bleiben. „Wir bieten unsere Hilfe an.“ In einem Fall half die Karlshöhe, dass der Bewohner in eine preiswertere Einrichtung wechseln konnte.

Das Problem sieht Handrick ganz woanders, und er ist da nicht alleine. Sozialverbände und Träger fordern seit langem eine Reform der Pflegeversicherung, die die steigenden Kosten berücksichtigt und nicht auf die Versicherten abwälzt. Unter „Pflege macht arm“ ist eine Bewegung entstanden. Erst kürzlich hat Gesundheitsminister Jens Spahn

Eckpunkte vorgestellt (siehe Bericht rechts), die allerdings noch viel Luft nach oben lassen. „Die Überlegungen zur Pflegereform machen deutlich, dass die Probleme in der Pflegefinanzierung keine auf der Karlshöhe zu lösenden Probleme sind“, sagt Handrick.

Maria Loheide, Sozialpolitischer Vorstand der Diakonie Deutschland, sagt: „Alle Verbesserungen der Gehälter und Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte werden auf die Eigenanteile der pflegebedürftigen Menschen umgelegt und führen für viele in die Sozialhilfe.“ Die Forderung: „Die Investitionskosten müssen Länder und Kommunen tragen.“ Die Pflegeversicherung muss sich nach Auffassung der Diakonie zu einer bedarfsdeckenden Sozialversicherung mit begrenzter Eigenbeteiligung entwickeln. Die Reformpläne Spahns dürften sie da gerade mal als Anfang sehen.

KOSTEN

Pflege, Unterkunft, Investitionskosten

Die Kosten für die Regelleistungen im Pflegeheim setzen sich zusammen aus dem Entgelt für die Pflege, für Unterkunft und Verpflegung sowie nicht geförderten Investitionskosten. Die Eigenkosten für Pflegegrad 1 sind höher, für Pflegegrad 2 bis 5 niedriger und für die Pflegebedürftigen in jedem Pflegegrad gleich. (ja)

INFO: Der Pflegestützpunkt des Kreises ist erreichbar unter (0 71 41) 144-24 65 oder E-Mail pflegestuetzpunkt@landkreis-ludwigsburg.de. Die Stadt hat einen eigenen Pflegestützpunkt, der unter (0 71 41) 910-31 23 oder E-Mail pflegestuetzpunkt@ludwigsburg.de gerne hilft.



Lesertema Preise in Pflegeheimen

Pflege macht arm, kritisieren Sozialverbände und fordern seit Jahren eine Reform der Pflegeversicherung zur Entlastung der Pflegebedürftigen. Gesundheitsminister Jens Spahn hatte eine Pflegereform angekündigt, die durch Corona verschoben wurden. Nun

liegen die Eckpunkte vor. Mit steigenden Preisen im Haus am Salon an der Karlshöhe kämpfen auch mehrere LKZ-Leser, die sich an uns gewandt haben. Durch den Neubau des Pflegeheims haben sich die Kosten erhöht. Wir erklären, warum.

Kontakt

Möchten Sie uns auch ein Thema vorschlagen? Schreiben Sie bitte an: redaktion@lkz.de oder Ludwigsburger Kreiszeitung, Stichwort: Lesertema, Körnerstraße 14-18, 71634 Ludwigsburg

➤ Gesundheitsminister: „Pflege ist die soziale Frage der Zwanzigerjahre“

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat eine Reform der Pflegefinanzierung zugesichert. Mit Blick auf steigende Eigenanteile für Heimbewohner sagte Merkel am Donnerstag in einem Online-Dialog zur Pflege, es solle eine Reform für bessere Berechenbarkeit geben. Ein Teil solle durch Steuergeld bezahlt werden. Im Juli war der Eigenanteil von Pflegebedürftigen auf über 2000 Euro gestiegen. Sozialverbände warnen seit Jahren vor einer Pflegearmut.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat jetzt Eckpunkte einer Reform vorgestellt. „Pflege ist die soziale Frage der Zwanzigerjahre.“ Pflegebedürftige sollen maximal 700 Euro pro Monat als Eigenanteil bezahlen, begrenzt auf drei Jahre. Im Bundesschnitt lagen die Eigenanteile für die reine Pflege im Juli bei 786 Euro. Dazu kommen noch Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Investitionen, die kontinuierlich steigen. Dabei gibt es regional große Unterschiede. Auch die Beteiligung an den Investitionskosten in der Pflege stößt bei den Verbänden auf harsche Kritik, die dafür Bund und Land in die Pflicht nehmen wollen. Die Pflegeversicherung trägt – anders als die Krankenversicherung – nur einen Teil der Kosten.

Zum Konzept gehören auch ein dauerhafter Bundeszuschuss zur Pflegeversicherung und eine leichte Anhebung des Zuschlags auf die Pflegebeiträge für Versicherte ohne Kinder um 0,1 Prozentpunkte. Auch die Pflege zu Hause soll verbessert werden und einfacher zu organisieren sein. Deshalb soll ein jährliches Pflegebudget ab Pflegegrad 2 eingeführt werden. Wer Angehörige zu Hause pflegt, soll außerdem mehr Leistungen bekommen. Die Sätze sollen künftig kontinuierlich angepasst werden.

Nach Angaben der gesetzlichen Krankenversicherung ist die Zahl der Leistungsempfänger von 2018 auf 2019 um fast 200 000 auf 3,9 Millionen gestiegen. Die Ausgaben wuchsen um 2,5 Milliarden Euro auf 40,7 Milliarden Euro.

Unter dem Motto „Pflege macht arm“ fordern Verbände seit Jahren eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung, die keinen Schritt halte mit den steigenden Kosten. DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel kritisierte, ausreichend Personal und flächendeckend tarifliche Bezahlung dürften nicht dahin führen, dass gute Pflege unbezahlbar werde. Zugesagte einmalige 1,8 Milliarden Euro wegen der Coronakrise könnten die Lage nur vorübergehend entspannen. (ja/dpa)

Mit der Reform soll der Eigenanteil dauerhaft gedeckelt werden

Scala fordert Klardenken anstatt Querdenken

Nach der großen Demo von Querdenkern in Leipzig, wollte das Scala-Team ein Zeichen setzen. Seither hängt an der Fassade ein großes Plakat, das zum Klardenken anstatt zum Querdenken auffordert.

VON CHRISTIAN WALF

Querdenken und Klardenken, zwischen diesen beiden Begriffen macht Edgar Lichtner, der Geschäftsführer im Scala, einen großen Unterschied. Querdenker, das sind für ihn Gruppen, die sich nicht klar von Verschwörungstheorien, Antisemitismus und Diskriminierung abgrenzen. Lichtner und das Team im Scala sehen sie als großes Problem. „Nach der Demonstration in Leipzig war klar, das können wir so nicht stehen lassen. Als soziokulturelles Zentrum wollen wir

ein Zeichen setzen.“ Am 7. November war in Leipzig eine Querdenker-Demonstration mit 20 000 Teilnehmern eskaliert. Seither hängt an der Scala-Fassade ein großes Plakat mit der Aufschrift: Klardenken – Ja bitte! „Querdenken“ – Nein danke.

Durch die Aktion von Coronaleugnern am Freitag vergangene Woche, als gut 1000 Demonstranten weitestgehend ohne Masken durch die Innenstadt und dabei auch am Scala vorbei zogen, fühlt sich Lichtner bestätigt. Einige Demo-Teilnehmer seien auf das Plakat aufmerksam geworden und hätten ihm E-Mails geschrieben, unter anderem mit Hinweis auf irgendwelche kranken Verschwörungstheoretiker.

„Solche Events mit knapp 1000 Leuten sind bestimmt nicht dazu da, das Virus einzudämmen“, sagt Lichtner. Trotz allem findet er es natürlich wichtig, sich mit den Coronamaßnahmen und deren Folgen auseinanderzusetzen.



Aufruf für eine sachliche Diskussion: Das Plakat an der Fassade des Scala.

Foto: Andreas Becker

Gerade Einrichtungen wie das Scala seien besonders hart davon getroffen. Um Lösungen zu finden, müsse man aber klardenken und konstruktiv zusammenar-

beiten. Auf die Querdenker mit ihrer verquerten Wahrnehmung treffe das nicht zu.

Dass die Kulturbranche jetzt Lobbyarbeit, auch in Richtung

Regierung, betreibt, ist für Lichtner entscheidend. „Es ist wichtig, in den Diskurs zu gehen. Auch die Bürger haben eine Chance, sich daran zu beteiligen.“

POLIZEIREPORT

OSTSTADT

Unbekannte stehlen Katalysator

Bislang unbekannt Täter haben zwischen Dienstag, 21 Uhr, und Mittwoch, 18 Uhr, an einem Mitsubishi, der in der Mainzer Allee abgestellt war, den Katalysator gestohlen. Sie richteten Schaden von mehreren Hundert Euro an. Zeugen melden sich bei der Polizei, Telefon (0 71 41) 18 53 53.

EGLOSHEIM

Einbruch gescheitert: Polizei sucht Zeugen

Unbekannte Täter haben am Donnerstag zwischen 16 und 21 Uhr vergeblich versucht, in ein Haus im Nussackerweck in Eglosheim einzubrechen. Der Versuch, ein Fenster aufzubrechen, misslang ebenso wie der Versuch, das Fenster zu zertrümmern. Sie hinterließen einen Schaden von rund 500 Euro. Zeugen melden sich bei der Polizei in Eglosheim, Telefon (0 71 41) 22 15 00. (red)